



Startseite > Wirtschaft > Stiftung Familienunternehmer: Wie sie den Standort Deutschland schlechter rechnet

Wirtschaft

[Abo](#)

Zweifelhaftes Ranking

S+ Wie Familienunternehmer den Standort Deutschland schlechter rechnen

Der deutschen Wirtschaft geht es mies. Doch im neuen Länderindex der Stiftung Familienunternehmen schneidet der Standort noch schlechter ab als in anderen Rankings. Das liegt auch an den speziellen Interessen der Auftraggeber.

Von **David Böcking**

20.01.2025, 07:20 Uhr



7 Min





Schweißer in Mülheim an der Ruhr: Wie schwer ist die Krise des Standorts wirklich? Foto: Christoph Hardt / Panama Pictures / IMAGO

ANZEIGE

Deutschland steckt in einer tiefen Wirtschaftskrise, das zeigen inzwischen zahlreiche Indikatoren. An diesem Montag erscheint eine weitere Studie mit diesem Befund. Nicht weniger als die »Zukunft des Industriestandorts Deutschland« stehe in Frage – so fasst die Stiftung Familienunternehmen ihren neuesten Länderindex zusammen, der von Forschern des Zentrums für Europäische Wirtschaftspolitik (ZEW) erstellt wurde.

Demnach konnte sich Deutschland zwar gegenüber der letzten Untersuchung um einen Rang verbessern. Damit landete der Standort aber immer noch weit abgeschlagen auf Platz 17 von 21 untersuchten Industrieländern.

Mehr zum Thema

Industrien belastet, Verbraucher vorsichtig: Deutsche Wirtschaft 2024 erneut leicht geschrumpft

»Damit dürfen und können wir nicht zufrieden sein«, mahnte Ulrich Stoll, Vorstand der Stiftung Familienunternehmen und Vize-Aufsichtsratschef beim Maschinenbauer Festo, als die Studie vorab Journalisten vorgestellt wurde. Die Politik müsse nun umfassende Reformen angehen. »Wir fordern nicht irgendetwas, sondern wir stützen uns auf Evidenz – wissenschaftlich begründet«, betonte Stoll.

Wegen ihrer seriösen Anmutung werden Rankings wie das der Stiftung Familienunternehmen gerne zitiert. FDP-Chef Christian Lindner etwa berief sich als Bundesfinanzminister regelmäßig auf Deutschlands verschlechterte Platzierung in solchen Ranglisten, um die Dringlichkeit der von ihm geforderten Wirtschaftswende zu unterstreichen. Auch der SPIEGEL zitiert immer wieder Standort-Rankings, darunter [auch das der Stiftung Familienunternehmen](#).

Es ist ja auch eine reizvolle Idee, Deutschlands wirtschaftliche Position ähnlich klar zu bestimmen wie die eines Clubs in der Bundesligatabelle. Einheitliche Kriterien für solche Rankings gibt es allerdings nicht, die Auswahl und Gewichtung der Indikatoren ist ihren jeweiligen Auftraggebern überlassen.

Im Fall des Länderindex ist das eine Stiftung, die – anders als es ihr mittelständisch anmutender Name vermuten lässt – einige der reichsten Unternehmerfamilien des Landes repräsentiert. Als eines ihrer wichtigsten Ziele gilt es, eine höhere Besteuerung von Vermögen zu vermeiden. Und es spricht viel dafür, dass dies die Ergebnisse des Rankings verzerrt.

Erstaunlicher Fokus auf Steuern

Zunächst einmal spiegelt die Studie keineswegs die gesamte Wirtschaft oder auch nur den Industriestandort Deutschland wider, wie es die Präsentation der Stiftung Familienunternehmen auf die Schnelle vermuten lässt. Vielmehr konzentriert sie sich auf die Perspektive von durch Familien kontrollierte Unternehmen mit einem Umsatzvolumen von mindestens 100 Millionen Euro, »bei denen davon auszugehen ist, dass für sie eine Verlagerung an einen ausländischen Standort eine realistische Option darstellt«.

Die Lage dieser Firmen beurteilt die Studie anhand von sechs Subindikatoren. Die höchste Gewichtung hat dabei mit einem

Anteil von 20 Prozent der Bereich Steuern. Das ist erstaunlich, denn bei Umfragen unter Unternehmern werden Steuern meist nur als mittelmäßig wichtiger Faktor für Investitionsentscheidungen angegeben – entscheidender sind etwa Arbeitskosten, Digitalisierung oder die Infrastruktur. Noch erstaunlicher ist, wie der Subindikator Steuern berechnet wird: Hier bildet die Erbschaftsteuer mit einem Anteil von 30 Prozent den zweitwichtigsten Faktor. Dabei lag das gesamte Erbschaftsteueraufkommen in Deutschland im Jahr 2023 bei rund neun Milliarden Euro und damit einem Bruchteil von anderen für Unternehmen und Selbständige relevanten Steuern – etwa der Gewerbesteuer mit 75 Milliarden, der veranlagten Einkommensteuer mit 73 Milliarden oder der Körperschaftsteuer mit knapp 45 Milliarden Euro.

»Es geht nicht wirklich darum, die Attraktivität des Standorts Deutschland zu untersuchen«

Steuerprofessor Sebastian Eichfelder

»Der Faktor Steuern wird massiv übergewichtet«, kritisiert **Sebastian Eichfelder, Professor für betriebswirtschaftliche Steuerlehre an der Universität Magdeburg** das Design der Studie. Schon 2022 schrieben er und Kollegen in einem Aufsatz, der Länderindex Familienunternehmen sei ihrer Kenntnis nach der Einzige, der dem Thema Besteuerung eine solch hohe Bedeutung zuweist.

Eichfelder verweist darauf, dass Steuern in renommierten internationalen Rankings viel schwächer gewichtet werden. So machten sie im Global Competitiveness Index (GCI) des Weltwirtschaftsforums gerade einmal 1,4 Prozent der Bewertung aus, im World Competitiveness Yearbook der Schweizer Wirtschaftshochschule IMD seien es insgesamt 5 Prozent.

In den letzten Ausgaben dieser Indizes schneidet Deutschland denn auch deutlich besser ab: Im GCI landete es 2020/21 noch auf Platz 7 von 141 Ländern, das IMD sah den deutschen Standort im vergangenen Jahr auf Platz 24 von 67 bewerteten Standorten. Ein Teil der Diskrepanz zur Bewertung der Stiftung Familienunternehmen könnte daher rühren, dass deren Ergebnisse aktueller sind. Den Hauptgrund aber sieht

Eichfelder woanders: »Es geht nicht wirklich darum, die Attraktivität des Standorts Deutschland zu untersuchen – sondern um die Interessen sehr reicher deutscher Unternehmerfamilien.«

Die Stiftung Familienunternehmen und Studien-Autor Friedrich Heinemann vom ZEW erklären die hohe Gewichtung freilich anders: Die Erbschaftsteuer sei für Familienunternehmen ein sehr viel größeres Thema als beispielsweise für einen multinationalen Konzern, dessen Anteilseigner nur über Aktienpakete beteiligt sind, so Heinemann. Wenn eine Gründerfamilie aufgrund einer hohen Erbschaftsteuerbelastung ausscheide, dann sei das »extrem relevant«.

Allerdings gelten in Deutschland für Firmenerben umfassende Privilegien. Unter bestimmten Voraussetzungen erhalten sie 85 oder gar 100 Prozent des Betriebsvermögens steuerfrei. Zwar verschärfte die Politik auf Druck des Bundesverfassungsgerichts die Vorgaben, unter denen Vermögen von mehr als 26 Millionen Euro steuerfrei vererbt werden können. Nach einer sogenannten Verschonungsbedarfsprüfung ist aber auch das weiterhin möglich. Im Jahr 2023 schrumpften so ursprünglich festgesetzte Steuern in Höhe von 2,1 Milliarden Euro auf nur noch 6,3 Millionen – eine Reduktion um mehr als 99 Prozent.

Mehr zum Thema

 **Reichtum in Deutschland: Warum einige Familien die Hälfte des Aktienvermögens besitzen** Von David Böcking

In den Berechnungen der Studie sind Manöver dieser Art nicht berücksichtigt. Es werde unterstellt, dass der Erblasser »vor seinem Tod keine steuerplanerischen Gestaltungen unternommen hat«, heißt es im Anhang. Dabei dürften solche Planungen gerade in großen Familienunternehmen der Normalfall sein.

Natürlich werde bei der Erbschaftsteuer »optimiert«, räumt Heinemann ein. Doch der Weg zu dieser Optimierung bedeute »komplexe Gestaltungsmaßnahmen« – etwa die Gründung von Stiftungen – welche die unternehmerische Freiheit enorm einengten. Das Problem ist demnach, flapsig gesagt, weniger

die tatsächlich gezahlte Erbschaftsteuer als die hohe Bürokratie zu ihrer Vermeidung.

Steuern spielen im Index der Familienunternehmer also eine viel größere Rolle als in anderen Indizes. Das liegt auch daran, dass die Gewichtung einzelner Standortfaktoren laut Heinemann »stark umfragegetrieben« ist: Bevor der Index im Jahr 2005 erstmals veröffentlicht wurde, fragten die Autoren Familienunternehmen mit mehr als 100 Millionen Euro Umsatz, wie wichtig sie verschiedene Faktoren finden. Und Steuern waren den Unternehmern offensichtlich sehr wichtig. Zwar haben die Wissenschaftler die Gewichtung des Themas anschließend abgeschwächt. Dennoch sind die Ergebnisse beeinflusst von den speziellen Interessen der befragten Großunternehmen – und nicht allein eine »Stimme der Wissenschaft«, auf die sich Stoll bei Vorstellung der Studie berief.

Im Vortrag des Stiftungsvorstands wurde sehr deutlich, dass das Ranking der Familienunternehmen eine politische Botschaft ist. Vor der Bundestagswahl sage man allen Parteien »klipp und klar«, dass es eine Senkung der Steuerbelastung brauche, so Stoll. Damit meinte er nicht nur die Unternehmensteuern, die im internationalen Vergleich tatsächlich vergleichsweise hoch sind. Stoll warnte die Politik auch ausdrücklich, höhere Erbschaftsteuern oder gar eine Rückkehr der Vermögensteuer würden die Rezession verschärfen. **S**

 [Startseite](#)

[Feedback](#)

ANZEIGE

Conrad
Bereit für die Zukunft?
Technik für Ihre Ideen von...
Die ganze Welt der Technik

ANZEIGE



Enpal
Wer eine Solaranlage will,
sollte dieses Angebot kennen

ANZEIGE

ANZEIGE